

Ernst Rösner

## Neue Schulen in Nordrhein-Westfalen

Vortrag am 20. Februar 2010 bei der „Bildungsoffensive Hassel“  
in Gelsenkirchen

*„Natürlich kann man das dreigliedrige Schulsystem nicht begründen. Aber wir haben es nun einmal.“* Dieses Zitat hörte ich von einer leitenden Persönlichkeit des bayerischen Kultusministeriums auf einer Diskussionsveranstaltung in Nürnberg. Dem ersten Satz stimme ich zu, über den Sinn des zweiten Satzes ist zu reden.

Bleiben wir bei den Fakten. Das überkommene Bild von den drei Begabungstypen – hier praktisch, dort theoretisch und irgendwas von beidem dazwischen – hat sich überlebt. Wer daran noch glaubt, muss erklären können, warum der Anteil der praktisch Begabten im Zeitraffertempo gesunken ist und warum es im Kreis Olpe oder im Kreis Höxter viel mehr Hauptschüler gibt als in im Kreis Mettmann oder im Kreis Herford. Genetisch ist das jedenfalls schwer begründbar. Verständlicherweise hat sich die Erziehungswissenschaft von diesem Unfug komplett verabschiedet. Die Politik noch nicht, manche Verbandsfunktionäre verbreiten ihn immer noch. Und manche Lehrerinnen und Lehrer glauben noch daran.

Unstrittig ist selbstverständlich, dass es unterschiedlich leistungsfähige Kinder gibt. Aber braucht man dafür drei unterschiedliche Bildungsgänge, obendrein schon ab dem 5. Schuljahr? Ich halte es da mit der führenden deutschsprachigen Lernpsychologin Prof. Elisabeth Stern: „Es gibt keine wissenschaftlichen Argumente für unser dreigliedriges Schulsystem.“<sup>1</sup>

*Aber wir haben es nun einmal...* Stimmt, und zwar seit mehr als 200 Jahren. Erstaunlicherweise finden sich keine historischen Belege für eine begabungstheoretische Begründung. Das war auch nicht erforderlich, denn Schulbesuch erfolgte nach Standeszugehörigkeit. Das wiederum ist vielfach belegbar. Die letzte große Reform stammt aus dem Jahr 1921, da beschloss die Reichsschulkonferenz die verbindliche Einführung der vierjährigen Grundschule.

Die Aufrechterhaltung dieses Schulsystems ist hochgradig problematisch geworden, und aus guten Gründen verabschieden sich immer mehr Länder davon. Was steht dahinter? Ich nenne stichwortartig vier Ursachen:

*Erstens:* Die breit kommunizierten Befunde aus PISA und IGLU. Die Grundschulstudie IGLU hat nachgewiesen, dass Grundschulkindern im internationalen Vergleich sehr gut platziert sind, PISA zeigt demgegenüber, dass die Sekundarschulen aber eher Mittelmaß hervorbringen. Übereinstimmend belegen aber beide Untersuchungen die starke Abhän-

---

<sup>1</sup> Wirtschaftswoche, Heft 20/2006, S. 125

gigkeit des Schulerfolgs von der sozialen Herkunft – auch bei identischer Leistungsfähigkeit der Kinder.

*Zweitens:* Der dramatische Wandel der öffentlichen Meinung, vor allem der Eltern. Das mag auch mit den Leistungsstudien zusammenhängen. Fest steht nach übereinstimmenden Ergebnissen: Reichlich zwei Drittel der Eltern wünschen eine gemeinsame Schulzeit, die länger als vier Jahre dauert. Dieser Meinungswandel ist längst nicht mehr auf Eltern beschränkt: In Stuttgart verlangt der Handwerkskammertag eine gemeinsame Schule für alle, die Kath. Elternschaft Deutschland erklärt, die Dreigliederung des Schulwesens sei mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar, die großen kommunalen Spitzenverbände fordern mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Schulträger. Mehr als die Hälfte aller deutschen Lehrkräfte an Sekundarschulen befürworten längeres gemeinsames Lernen. In Nordrhein-Westfalen verlangen 450 Grundschulleitungen dasselbe. In Baden-Württemberg fordern 500 Hauptschulleiter die Abschaffung der Hauptschule.

*Drittens:* Das Schulwahlverhalten der Eltern. Es wandelt sich in allen Bundesländern stetig zugunsten anspruchsvollerer Bildungsgänge. Dieser Prozess ist politisch allenfalls zu bremsen, aber nicht aufzuhalten. Dahinter steht ein einfacher Sachverhalt: Soll der soziale Status der Familie in der Generationenfolge mindestens erhalten werden (das wollen alle Eltern), dann brauchen die Kinder für die Berufspositionen ihrer Eltern im Regelfall bessere Schulabschlüsse. Und weil die Eltern selbst über immer bessere Schulabschlüsse verfügen, schreitet dieser Prozess unaufhaltsam fort. Diese Anspruchsspirale finden wir auch in Nordrhein-Westfalen. Die Konsequenzen sind klar: Die Hauptschule ist eine aussterbende Schulform. Wo sie es noch nicht ist, wird sie es. Im aktuellen Schuljahr 2009/10 wechselten in Nordrhein-Westfalen nur noch 13 Prozent der Kinder in eine Hauptschule. Damit hat sich die Zahl der Übergänger in nur zehn Jahren fast halbiert.

Die ersten Anmeldezahlen zum Schuljahr 2010/11 sind für die Hauptschulen verheerend: 3 Prozent in Duisburg. Aber auch in anderen Regionen brechen die Anmeldezahlen ein. Die Westfälischen Nachrichten aus Münster ermittelten vor einer Woche die Anmeldezahlen zur Hauptschule in ihrem Verbreitungsgebiet. Der Aufmacher lautete: „Auslaufmodell Hauptschule“. Gleichzeitig boomen die Gesamtschulen, melden seit zwei Jahren erheblich gestiegene Zahlen von Kindern, die eine Gymnasialeignung haben.

Ich habe Grund zu der Vermutung, dass es in Nordrhein-Westfalen nur noch zwei Menschen gibt, die unverdrossen am dreigliedrigen Schulsystem festhalten: Der eine ist Staatssekretär im Schulministerium, der andere ist Ministerpräsident.

*Viertens:* Der demografische Wandel. Der bereits fühlbare Schülerzahlrückgang wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Er trifft allerdings

die weiterführenden Schulen ungleichmäßig: Gymnasien sind überwiegend in der Lage, demografische Verluste durch höhere Aufnahmequoten auszugleichen. Diese Gewinne werden dann vor allem als Verluste der Realschulen verbucht. Das war immer schon so, verschärft sich aber im Zeichen der demografischen Entwicklung erheblich. Einen Ausgleich für die Verluste an Gymnasien konnten die Realschulen durch Zugewinne aus dem Hauptschulpotenzial kompensieren. Das funktioniert aber nur so lange, wie Hauptschulen quantitativ und qualitativ ausreichend viele Schüler haben. Wo das (wie in Nordrhein-Westfalen) nicht mehr der Fall ist, verlieren Realschulen überproportional.

Nehmen wir den Fall Gelsenkirchen: Im Schuljahr 2001/02 wechselten 2.856 Kinder von der Grundschule in weiterführende Schulen, davon 424 in Hauptschulen und 786 in Realschulen. Im letzten Jahre waren es nur noch 2.400 Grundschulübergänger, davon 310 in Hauptschulen und 574 in Realschulen. Kein Bildungsgang hat so stark verloren wie die Realschule. Kein Wunder, wenn zuletzt nur noch 13 Prozent in eine Hauptschule übergehen mussten. Woher soll die Realschule denn ihre Schüler bekommen, wenn Gymnasien und Gesamtschulen die gefragten Bildungsgänge sind?

Sie fragen vielleicht: Wie passt das zur Begabungsgerechtigkeit? Meine Antwort: Gar nicht. Aber das ist nichts Neues. Es wird jetzt nur allgemein sichtbar.

Unter dem Druck des Schülerzahlrückgangs und der stetigen Abkehr von Haupt- und Realschulen hat in den konservativen ländlichen Regionen längst ein Umdenken eingesetzt. Immer mehr CDU-regierte Gemeinden verlangen Schulreformen, beantragen Schulen des gemeinsamen Lernens. Ich nenne als Beispiele Horstmar, Schöppingen und Ascheberg. Weitere warten die Landtagswahl ab, weil sie sicher sind, dass sich danach die Bedingungen für neue Schulen ändern werden. Diese Zuversicht erscheint berechtigt. Vor einigen Wochen beschrieb mir ein CDU-Bürgermeister aus dem Münsterland die Lage in drastischen Worten: „Wir CDU-Bürgermeister stehen hier mit der Faust in der Tasche. Wenn sich nach der Landtagswahl nichts ändert, werden unsere Abgeordneten in diese Faust hineinlaufen.“

Wenn ich alles zusammennehme – PISA und IGLU, Wandel der öffentlichen Meinung, die Unaufmerksamkeit des Schulwahlverhaltens und den demografischen Wandel – , ergibt das eine brisante Gemengelage. Zunehmend steht das Schulwesen im Gegensatz zu den Wünschen der Eltern, gleichzeitig werden vorhandene Schulangebote instabil. Das gilt insbesondere für die Hauptschulen im ländlichen Raum.

Das könnte ich auch anders resümieren: Unsere traditionelles Schulsystem ist nicht mehr bedarfsgerecht. Es lässt sich auch nicht mehr bedarfsgerecht reformieren, solange es beim herkömmlichen Nebeneinander unterschiedlich anspruchsvoller Bildungsgänge bleibt.

Was aber ist bedarfsgerecht? Schauen wir auf die Eltern, so ist es längeres gemeinsames Lernen, zumindest zwei Jahre, und zwar in Schulen auch mit

hohen Bildungsstandards. Betrachten wir den Bedarf der Schulträger, so sind es wohnungsnah erreichbare anspruchsvolle Bildungsgänge unter Einschluss gymnasialer Standards – alles andere hilft nicht. Schauen wir uns die Interessen der Wirtschaft an, so gilt das Gleiche: Attraktive Bildungsangebote für die Kinder der Beschäftigten, gut qualifizierte Schülerinnen und Schüler als Auszubildende. Ich könnte auch noch die Positionen der großen Kirchen anführen, die ein gravierendes Gerechtigkeitsdefizit im herkömmlichen Schulwesen kritisieren.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zur Praxis der Übergangsauslese im vierten Schuljahr. Wissenschaftlich betrachtet ist diese Praxis unverantwortlich, und das aus mindestens drei Gründen:

*Erstens:* Grundschulprognosen sind hochgradig fehlerhaft. Die IGLU-Studie konnte nachweisen, dass 40 Prozent der Grundschulempfehlungen *nicht* mit den gemessenen Kompetenzen der Kinder übereinstimmen.

*Zweitens:* Für eine Gymnasialempfehlung benötigen Kinder aus gehobenen Sozialschichten wesentlich geringere Leistungen als Kinder aus unteren Sozialschichten. – Nebenbei bemerkt: Es ist zutreffend, dass Grundschulempfehlungen sozial „gerechter“ ausfallen, wenn statt der Eltern die Lehrkräfte entscheiden. Wie aber kommt dieser Zuwachs an Gerechtigkeit zustande? Vor allem dadurch, dass Kinder aus gehobenen Sozialschichten geringere Gymnasialchancen erhalten, während sie bei Kindern aus unteren Sozialschichten unverändert gering bleiben.

*Drittens:* Schulen sind nach Prof. Baumert „Entwicklungsmilieus“. Das bedeutet: Auch vermeintlich ungeeignete Kinder entwickeln sich wider Erwarten positiv im vermeintlich falschen Bildungsgang. Gleichzeitig bleiben andere Kinder oft unter ihren Möglichkeiten, vor allem wenn sie Hauptschulen besuchen. Da ist auch ein späterer Umstieg kein überzeugendes Argument, denn jedes Jahr mit Unterforderung ist ein verlorenes Jahr. Ich will das Phänomen des „Entwicklungsmilieus“ an einem Beispiel deutlich machen: In Berlin besuchen fast alle Kinder eine sechsjährige Grundschule, danach bekommen sie eine Empfehlung zum Besuch einer weiterführenden Schule. Eltern können dieser Empfehlung folgen oder ihr widersprechen. Im Ergebnis sieht das dann so aus: Von 100 Kindern, die eine Hauptschulempfehlung bekamen, aber in einer Realschule angemeldet wurden, schaffen zwei Drittel die Versetzung in Klassenstufe 8. Von 100 Kindern, die eine Realschule besuchen sollten, aber auf Wunsch der Eltern in ein Gymnasium wechselten, sind 70 erfolgreich. Ähnliche Ergebnisse werden aus der Hamburger Langzeitstudie KESS berichtet.

Was tun? Eine gewachsene Bildungslandschaft lässt sich nicht im Handumdrehen verändern, aber möglich ist heute schon viel: Als erstes die Abschaffung der Übergangsauslese in der Grundschule. Als zweites: Ein seriöses Angebot an die Schulträger, in eigener Verantwortung das bestehende Bildungsangebot bedarfsgerecht anzupassen. Was dabei herauskommt, kann eine bunte Bildungslandschaft sein, aber das ist kein Pro-

blem, solange sich alle Schulen denselben Vergleichsarbeiten aussetzen müssen.

Die Gewährung von bedarfsgerechtem Handeln – das wäre einerseits eine Referenz an die Verantwortung von Kommunalpolitik und Schulen, andererseits ein Schritt zur Überwindung verkrusteter Strukturen. Ich bin mir nach Erfahrungen aus anderen Bundesländern sehr sicher: Völlig unabhängig von alten Denkmustern wird sich so das Schulwesen modernisieren – die Eltern werden schon Sorge dafür tragen. Im Ergebnis wird es mehr Schulen mit längerer gemeinsamer Lernzeit geben, werden wir auch viel mehr gut erreichbare Schulen mit gymnasialen Standards erhalten. Gymnasiale Standards – das sollte sich inzwischen herumgesprochen haben – sind zwar eine Domäne des Gymnasiums, aber nicht sein Privileg.

Mein Fazit: Ja, auch ich bin für eine begabungsgerechte Schule, und eine Einheitsschule will ich schon gar nicht. Kinder lassen sich nicht vereinheitlichen, in Einheitsschulen ebenso wenig wie im dreigliedrigen Schulsystem. Die zukunftsfähige Formel lautet: Maximale Vielfalt in einer gemeinsamen Schule.

*„Natürlich kann man das dreigliedrige Schulsystem nicht begründen. Aber wir haben es nun einmal.“* Diese Feststellung hat sich überlebt. Der Wandel vollzieht sich im Zeitraffertempo: Schleswig-Holstein hat in nur drei Jahren 97 integrierte Gemeinschaftsschulen eröffnet, Bremen hat parteiübergreifend den Weg für ein zweigliedriges Schulsystem freigemacht – hier Gymnasien, dort Oberschulen, die ebenfalls zum Abitur führen. Ähnliches ist im neuen Schulgesetz von Berlin geplant. Ich denke, in spätestens fünf Jahren wird es in Nordrhein-Westfalen heißen: *„Natürlich konnte man das dreigliedrige Schulsystem nicht begründen. Aber wir hatten es nun einmal.“*

Denen, die immer noch an den Mythos vom begabungsgerechten dreigliedrigen Schulsystem glauben, möchte ich dringend empfehlen: Stellen Sie Ihre bisher gepflegten Überzeugungen auf den Prüfstand. Werfen Sie alle bildungspolitischen Programme ins Altpapier, setzen Sie sich parteiübergreifend zusammen und diskutieren Sie frei und vorurteilslos: Welche Schulen brauchen die Kinder, braucht unser Land? Ich bin mir sicher, ohne den Ballast überlebter Traditionen lassen sich gute Lösungen finden. Auch in Gelsenkirchen, auch in Hassel.

Vielen Dank.

Literaturhinweis:

Rösner, E. (2007): Hauptschule am Ende. Ein Nachruf. Münster: Waxmann